

CDU setzt bei Gemeinschaftsschule auf Sachentscheidung

Regionen können Entscheidung für Schulart selbst treffen / Jürgen Striby informiert über Einzelheiten

Von Gerd Karjoth

Horb-Altheim. Wohin geht sie, die Gemeinschaftsschule in Horb? Antworten auf diese Frage sollte ein Vortragsabend geben, zu dem der CDU-Stadtverband Horb eingeladen hatte. Das Thema lautete »Bildungspolitik in Horb – Quo vadis Gemeinschaftsschule«.

Der Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes Horb, Thomas Kreidler, konnte ein fachkundiges Publikum mit vielen Lehrern und Kommunalpolitikern begrüßen. CDU-Stadtrat Andreas Bronner hatte zu seinem ehemaligen Altheimer Schüler Jürgen Striby Kontakt aufgenommen und ihn nach Altheim eingeladen. Striby, Pädagoge und Mitglied der Stabsabteilung im Kultusministerium, referierte über die Planungen der Landesregierung und stellte sich in einer anschließenden Diskussion für Fragen zur Verfügung.

Kreidler erklärte einleitend, dass dieses strittige Thema innerhalb der CDU an diesem Abend neutral behandelt und keine CDU-Politik betrieben werden soll. Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) hatte für einen großen Aufschrei gesorgt, als sie ihre Pläne zur Abschaffung von

Haupt- und Realschulen bekannt gab.

Kreidler bekennt sich als Befürworter der Werkrealschule und stellt fest, dass Horb in der Schulpolitik bisher nicht schlecht aufgestellt war. Bronner: »Wir haben in Baden-Württemberg ein dreigliedriges Schulsystem, sind damit gut gefahren und lagen in den Pisa-Studien immer weit vorne.«

Doch die Zeiten haben sich geändert. Eltern wollen die Haupt- und Werkrealschule nicht mehr. Früher sind 70 bis 80 Prozent der Kinder auf der Hauptschule geblieben, auch wenn sie das Abitur hätten machen können. Sie machten es eben später. Die Prognose für Haupt- und Werkrealschulen ist düster. Bronner: »Ich bin der Meinung, auch wir müssen uns ändern. Wir brauchen ein zweigliedriges Schulsystem. Die neue Landesregierung will die Gemeinschaftsschule. Über diese Schulart wird viel Falsches erzählt und diskutiert. Nur wer sich informiert kann mitreden.« Für Aufklärung sorgte Striby. Er erklärte vor seinem Referat, dass er keine politischen Sachverhalte und Diskussionen wiedergeben werde. Es gehe um den aktuellen Stand bei der Gemeinschafts-



schule. Ideologiefrei und an der Sache orientiert: So will die Horber CDU den Prozess der Einführung von Gemeinschaftsschulen angehen. Über Hintergründe informierte der Experte Jürgen Striby (rechts) in Altheim. Links Ortsvorsteher Andreas Bronner und in der Mitte Thomas Kreidler.

Foto: Karjoth

schule.

In der Gemeinschaftsschule stehe die Individualität des Kindes vorne. Die Lern- und Lernkultur werde auf die Individualität abgestimmt. Die Bildungsstandards der Haupt- und Realschule und des Gymnasiums werden angeboten. Das Ziel sei ein Maximum an individuellen und Optimum an gemeinsamem und selbstverantwortlichem Lernen. Die Gemeinschaftsschule ist eine gebundene Ganztageschule mit einem rhythmischen Tagesablauf, einem Netzwerk von Partnern und

einer beruflichen Orientierung. Die Leistungsbeurteilung erfolgt ganzheitlich, und nicht nur nach Noten. Sie wird ergänzt durch differenzierte schriftliche Beurteilungen. Der Bildungsplan entspricht im Moment der Grundlage der Realschule. Eine Bildungsplanreform aller allgemeinbildenden Schulen ist bis 2015/2016 vorgesehen.

Wie der Referent weiter ausführte, ist die Gemeinschaftsschule eine Schule der Region. »Ist man in der Raumschaft der Meinung, wir sind mit unserer jetzigen

Schule einverstanden, wird sich nichts verändern.«

Im anderen Fall könne ein Antrag auf eine Gemeinschaftsschule gestellt werden. Alle weiterführenden allgemein bildenden Schulen könne sich zur Gemeinschaftsschule entwickeln. Beginn ist ab der 5. Klasse. Die Grundschulempfehlung fällt weg.

Götz Peter, Rektor der Grund- und Werkrealschule Altheim, sagte: »Je intensiver ich mich mit dem Thema Gemeinschaftsschule auseinandersetze, desto mehr nimmt das Thema an Attraktivität zu.« Oberbürgermeister Peter Roseberger: »Wir haben in Horb gute Bildungseinrichtungen; das heißt aber nicht, dass wir uns nicht auch mit dem Thema Gemeinschaftsschule befassen werden.«

Im Fragen-Teil ging es vor allem um die künftigen Lehrerkollegien, bauliche Voraussetzungen und Inklusion von behinderten Kindern in der Gemeinschaftsschule. Striby abschließend: »Die Gemeinschaftsschule darf und wird keine Umetikettierung von Werkrealschule in Gemeinschaftsschule sein.« Ab dem Schuljahr 2012/2013 gibt es in Baden-Württemberg 34 Starterschulen. Neubulach im Kreis Calw gehört dazu.